



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm, Christoph Maier** und
Fraktion (AfD)

Haushaltsplan 2026/2027;

**hier: Schlagkraft des Rechtssystems stärken I: zusätzliche Stellen für Richter
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 04 04 wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)) für das Jahr 2026 von 683.979,1 Tsd. Euro um 2.000,0 Tsd. Euro auf 685.979,1 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 04 04 wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)) für das Jahr 2027 von 692.518,1 Tsd. Euro um 2.000,0 Tsd. Euro auf 694.518,1 Tsd. Euro erhöht.

Die zusätzlichen Mittel werden für 25 neue Stellen der BesGr. R 1 für Richter verwendet. Der Stellenplan wird entsprechend ergänzt.

Die Deckung erfolgt aus den in Kap. 07 05 TG 73 - 78 eingesparten Mitteln.

Begründung:

Die Staatsregierung erklärt in ihrer Koalitionsvereinbarung die Absicht, Justiz und Polizei in Bayern zu stärken. Allein bei der Polizei soll bis zum Jahr 2028 eine Stellmehrung um rund 2 000 Stellen veranlasst werden. Der Stellenaufbau bei der Justiz muss mit einer solchen Entwicklung Schritt halten, da das Rechtssystem nur durch eine enge Verzahnung zwischen Polizei und Justiz funktioniert. Damit Ermittlungsverfahren nicht durch personelle Engpässe bei den Gerichten steckenbleiben, bedarf es hier eines weiteren Stellenaufbaus.